

Jürgen Oelkers

Demokratie und Erziehung im Zeitalter der Trumps^{)}*

1. Die Stimme des Volkes

Der Titel meines Vortrages ist vielleicht etwas überraschend und klingt zugegebener Massen auch leicht schräg, denn was genau wäre das „Zeitalter der Trumps“? Selbst wenn man das wüsste, tut man dem irrlichternden amerikanischen Präsidenten nicht zu viel der Ehre an, wenn man ihn mit einem Zeitalter in Verbindung bringt? Und wieso gibt es mehrere Trumps?

- Man könnte an eine imaginäre Koalition starker Männer denken, die von Putin über Erdogan bis zu Trump reicht.
- Aber viele Gemeinsamkeiten zwischen denen scheint es nicht zu geben.
- Putin hält im staatlichen Fernsehen Hof,
- Erdogan liebt das Bad in der Menge, sofern seine Anhänger anwesend sind,
- und Trump kommentiert die Welt mit Kurzbotschaften.

Weiter liesse sich eine männliche Allianz von politischen Autokraten vermuten. Aber Frauen können ebenso Autokraten sein, wie sich an Marine Le Pen oder Beata Szydlo zeigen liesse. Andererseits haben Autokraten unabhängig vom Geschlecht tatsächlich Gemeinsamkeiten, sie sind gegen die liberale Demokratie, respektieren keine Meinungsvielfalt und sind überzeugt, die wahren Ansichten des Volkes zu vertreten.

Die Medien bezeichnen Autokraten gerne als „Rechtspopulisten“, aber das führt eher in die Irre. Denn erstens lässt sich der lateinische Ausdruck „populus“ gleichermassen auf Volk oder Pöbel beziehen,¹ zweitens ist nicht jeder in „Populist“, der populäre Meinungen vertritt, und drittens hält man solche Bewegungen nicht mit der Bezeichnung auf, die man ihnen zuschreibt. Ausserdem impliziert „Rechtspopulismus“, dass es auch Linkspopulisten gibt, mit denen die Rechten gemeinsame Merkmale teilen, was beide energisch bestreiten müssen.

„Populismus“ meint irgendwie unzulässige Vereinfachung, aber dann wären viele Politiker Populisten. Die eigentliche Anmassung ist, die authentische Meinung des Volks zum Ausdruck zu bringen, während doch nur die Anhänger jubeln. Parteien folgen Programmen, häufig auch Ideologien, aber sie sind nie die Stimme des Volkes, während Autokraten genau das suggerieren und mit gezielten Provokationen auch unter Beweis zu stellen versuchen. Dabei negieren sie nicht die Form der Demokratie, sondern nutzen sie.

^{*)} Vortrag in der Universität zu Köln am 18. Oktober 2017.

¹ Noch das englische „people“ leitete sich aus dem altfranzösischen Wort „peupel“ (Pöbel) ab und war lange gar nicht geeignet für eine staatsrechtliche Norm.

Dass die *vox populi* die *vox dei* sei, die Stimme des Volkes also die Stimme Gottes, war in der Antike eigentlich als Warnung zu verstehen. Die *vox populi*, heisst es bei Hesiod, basiert auf Gerede, doch wenn es von vielen Leuten im Munde geführt wird, dann ist das Gerede selbst die Gottheit.² In der römischen Rhetorik dagegen war die Stimme des Volkes heilig,³ aber das liegt auch nahe, weil der Rhetoriker ja genau diese Stimme zu beeinflussen sucht. Die Macht der öffentlichen Meinung dagegen ist seit dem Mittelalter ebenso unstrittig wie unheimlich.⁴

Damit komme ich meinem Titel schon näher, denn der Zusammenhang von Demokratie und Erziehung ist gegen die Herrschaft der *vox populi* und des Pöbels begründet worden, aber dies erst seit dem 18. Jahrhundert, nachdem das Volk als Adressat der Bildung entdeckt wurde und deswegen nicht länger Pöbel sein konnte. Die *vox populi* war zuvor oft gleichbedeutend mit Wunderglauben, religiösem Fanatismus und rigider sozialer Ausgrenzung, ohne diskursiv angelegt zu sein.

Öffentliche Meinung, anders gesagt, war frei von Bürgern. Die Bildung der Bürger ist daher das grosse pädagogische Programm der Aufklärung. Sie kommunizieren und beeinflussen die öffentliche Meinung, die nicht spontan auf der Strasse entsteht, sondern auf Argumenten basiert, die aufgerufen sind, vor das Forum der Vernunft zu treten. So jedenfalls dachte sich Immanuel Kant die politische Öffentlichkeit. Sie besteht aus Bürgern und nicht aus Untertanen.

2. Donald Trump und die Aufklärung

Tatsächlich sind die Ideen von Bildung, Öffentlichkeit und Demokratie erst seit der Aufklärung eng miteinander verwoben (Israel 2013). Die attische Demokratie kannte kein allgemeines Wahlrecht und so auch keine allgemeine Bildung, die mittelalterliche Öffentlichkeit bestand neben den Orten der Gerichtsbarkeit aus lokalen Versammlungen, Demonstrationen der Herrschaft und periodischen Aufständen. Bildung war noch in der Renaissance einfach ein ständisches Privileg.

Die egalitäre Verschulung war die Folge der Reformation, als Lesen zum Standard des Lernens wurde. Aber erst im 18. Jahrhundert entwickelte sich die politische Öffentlichkeit, die gegen staatliche Zensur Kritik und Meinungsfreiheit durchsetzte. In einer demokratisch verfassten Gesellschaft kommt der politischen Öffentlichkeit eine Schlüsselrolle zu, jede Demokratie muss auf Bürgerinnen und Bürger setzen, die kritikfähig sind und sich artikulieren können.

- Jeder Bürger und jede Bürgerin kann nicht nur wählen,
- sondern auch an öffentlichen Auseinandersetzungen teilnehmen,
- unabhängig von Herkunft oder Stand.
- Öffentlichkeit verlangt einen doppelten Habitus, nämlich Lernen und Wissen,
- zwei Bedingungen dafür sind allgemein zugängliche Bildung und geregelter schulischer Unterricht.

² Hesiod: *Werke und Tage*, 759-763.

³ Crede mihi, sacra populi lingua est (Seneca Rhetorum controversiae I,1,10).

⁴ Petrus Blenensis: *Epistulae* 15; Machiavelli: *Discorsi* I, 58.

Die Anfänge dieser Überzeugung gehen auf die englische Revolution zurück und ein bis heute gültiger theoretischer Ausdruck ist John Deweys Buch *Democracy and Education*, das 1916 erschien ist und immer noch eine viel zitierte Referenzgrösse darstellt.⁵ Demokratie ist eine öffentliche Lebensform und die hängt von allgemeiner Bildung ab. Fragt man, was eine Demokratie zusammenhält (Müller 2017), dann gibt es darauf eigentlich nur eine Antwort: die Demokraten, also Bürgerinnen und Bürger, die für die Demokratie eintreten, sie leben und in Krisen auch verteidigen.

Mein Thema ist also politisch und bezieht sich auf diesen Zusammenhang von Bildung, Demokratie und Öffentlichkeit. Genauer soll untersucht werden, ob der Zusammenhang nach wie vor als Referenzrahmen für die Schule angenommen werden kann und was geschieht, wenn sich dieser Rahmen verschiebt oder auflöst. Die Frage lautet, ob sich die öffentliche Bildung noch länger auf die Öffentlichkeit beziehen kann, auf die sie hin entworfen worden ist.

- In meiner Darstellung geht es um den Wandel der Politik im Zeitalter der Digitalisierung,
- Angriffe auf die liberale Gesellschaft,
- die Macht von Autokraten
- Religionen und Ideologien
- und so um die künftige Rolle der Bürgerinnen und Bürger in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Ihre Bildung war und ist Sache der öffentlichen Schulen. Aber wenn das so ist, dann muss man fragen, wieso Donald Trump überhaupt amerikanischer Präsident werden konnte. Er ist kein Tor und auch kein Idiot, sondern ein ungebildeter Narziss. Das ist ziemlich heikel für meine Botschaft eines Zusammenhangs zwischen Öffentlichkeit und Bildung, weil es einen grösseren Kontrast als den zwischen Bildung und Trump kaum geben dürfte.

Aber Trump wirkt so nicht bei seinen Anhängern, für die Bildung oder gar Aufklärung vielfach keinen Wert darstellen. Damit stellt sich die Frage, welche Rolle die gebildete liberale Öffentlichkeit noch hat, wenn sie durch Kommunikation mit Twitter-Botschaften, Ressentiments und ständigen Wahlkampf ersetzt werden kann. Diese Frage treibt den Vortrag an, sie ist nicht rhetorisch gemeint und lässt sich auch nicht auf Trump begrenzen, wie der Politikstil der AfD oder der Brexit-Befürworter gezeigt hat.

Trump jedoch ist der Vorreiter. Seine Wahlkampagne war gleichbedeutend mit der Instrumentierung der Öffentlichkeit durch ständigen Tabubruch. Nach der Wahl wurden wir Zeugen eines autokratischen Grossversuchs im Lande von John Dewey, in dem radikal-nationalistische Ideengeber wie Steve Bannon und konservative Medien wie Fox News den Ton angeben. Auch die Seite Breitbart News Network⁶ gehört dazu und nicht zuletzt reiche evangelikale Geldgeber, die sich eine christliche Gesellschaft zurückwünschen und dafür investieren.

In diesem Umfeld der „neuen Rechten“ entstand die Strategie, mit einem „honest populism“ die armen Wähler der Südens zu gewinnen (Green 2017, S. 183/184),⁷ die Intellektuellen misstrauen und sich ihre eigene politische Öffentlichkeit bilden. Was Jürgen

⁵ Siehe etwa die Beiträge in dem Diskussionsband von Waks/English (2017).

⁶ <http://www.breitbart.com/>

⁷ Der Ausdruck „honest populism“ stammt von Jeff Sessions, damals Senator von Alabama.

Habermas (1962) so bezeichnet hat, lässt sich ferner kaum denken. Aber es sind Bürger, die Schulen besucht haben, Meinungen vertreten, politischen Botschaften folgen und sich als „Fremde im eigenen Land“ fühlen. Entsprechend wählen sie (Russell Hochschild 2016).

Seit Beginn des 19. Jahrhunderts entstand in den westlichen Ländern allmählich eine qualifizierte Bildung für alle künftigen Bürgerinnen und Bürger. Die öffentliche Bildung sollte gewährleisten, dass die Staatsbürger sich an den politischen Geschäften beteiligen und ihre Anliegen öffentlich zum Ausdruck bringen können. Das galt spät für beide Geschlechter und diese Egalität musste schwer erkämpft werden.

- In diesem Sinne diene - und dient - die öffentliche Bildung der Öffentlichkeit und genauer gesagt der *politischen* Öffentlichkeit oder dem reflexiven Zusammenleben in der Gesellschaft.
- Partizipation und Verstehen politischer Vorgänge sind nicht möglich ohne ein Grundmass an Bildung für alle, und diese Einsicht gilt auch dann, wenn sich nicht jeder politisch engagiert.

Die Begründung scheint unverändert gültig zu sein. Die politische Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit setzt eine gemeinsame Sprache voraus und verlangt zur rationalen Verständigung ein möglichst hohes Minimum an Bildung für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei ist keine bestimmte Kultur oder Herkunft massgebend, sondern nur die Kultur der demokratischen Öffentlichkeit selbst, also etwa

- das Prinzip der freien Meinungsäusserung innerhalb und ausserhalb von Parlamenten,
- das transparente Aushandeln der Interessen,
- die diskursive Vorbereitung von Entscheidungen,
- die Meinungsbildung im Volk
- und die Anerkennung der jeweiligen Mehrheiten.

Die politische Grundeinheit für Wahlen und Entscheidungen in der Demokratie ist das Volk. „Volk“ ist nicht völkisch zu verstehen, sondern als Korpus der Wahlberechtigten unabhängig von Rasse, Religion, Geschlecht oder Ethnie. Diese abstrakte Form eines Volkes von Stimmbürgern ist die grosse Errungenschaft der modernen Demokratie. Notwendig ist der Pass und nicht die Abstammung. Aber immer wird Bildung vorausgesetzt, anders wären ein anspruchsvoller Diskurs und engagierter Austausch in der Öffentlichkeit nicht möglich.

Ziel und Referenzgrösse der politischen Öffentlichkeit ist der souveräne Bürger, der für sich entscheidet, wen er wählt und wen nicht. Bildung und politisches Wissen stehen in einem Zusammenhang (Somin 2016, S. 198), aber Bürger ist auch, wer über Politik nicht viel weiss, doch gelernt hat, sich öffentlich zu artikulieren und mit oder ohne Parteien seine Interessen zu vertreten.

Doch was geschieht, wenn die Politik das Medium der Öffentlichkeit völlig anders nutzt, als die Entwürfe der Aufklärung dies vorgesehen haben? Die neuen Medien haben neue politische Möglichkeiten der digitalen Beeinflussung freigesetzt, die den Gehalt der öffentlichen Auseinandersetzungen verändern und den souveränen Bürger ignorieren können. Er wird zum Objekt der Politik, die er doch eigentlich bestimmen soll.

Zum Verstehen der politischen Geschäfte ist wie gesagt die Allgemeinbildung der Bürger gefordert, deren Grundlagen die öffentliche Schule besorgen soll. Andererseits haben

politische Diskussionen Qualitätsbedingungen, so dass auch danach gefragt werden kann, wie sich die Öffentlichkeit *selbst* bildet, also

- wer die Themen setzt,
- wem die Meinungsführerschaft in einer Frage zukommt,
- wer als moralische Instanz angesehen wird,
- woher die massgebenden Ideen stammen,
- wodurch sich der Diskurs verändert
- und wer oder was die Niveaus der Auseinandersetzung bestimmt.

Öffentlichkeit in diesem Sinne wäre das Medium für den reflexiven Austausch und damit zusammenhängend auch für die Formung von Argumenten. Die politische ist die deliberative Öffentlichkeit, in der frei vom Ansehen beraten wird und die besseren Argumente zum Vorschein kommen. Soweit folgen wir Kant.

Heute wird sichtbar, dass diese Öffentlichkeit die der *traditionellen Medien* ist, also aus Kommunikation in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen besteht, die intellektuelle Ansprüche vertreten und von ihren Lesern auch so erwartet werden. Es ist die Öffentlichkeit der gehaltvollen Auseinandersetzungen, in der bei allem Streit Klärung und letztlich auch Verständigung zwischen den verschiedenen Lagern angestrebt werden.

Vorausgesetzt sind der Rechtsgrund und die Lebensform Demokratie, damit unabhängige Medien und mit ihnen zivile Formen der Disputation, die nicht ungestraft verletzt werden dürfen. Aber genau das scheint sich wandeln, wenn Medien die Themen vorgeben, die Kommentare bestimmen und so für die Meinungsbildung sorgen, die an gehaltvoller Auseinandersetzung gar nicht interessiert sind. Die politische Meinung wird nicht gebildet, sie steht fest und wird gegen jeden Einwand verteidigt.

Lange wurde „Öffentlichkeit“ gleichgesetzt mit Kommunikation in gedruckten Zeitungen, die journalistisch gestaltet werden mussten und nach dem Druck nicht mehr verändert werden konnten, deren Botschaften also bis zum nächsten Erscheinungsdatum Bestand hatten. Die Leser hatten Zeit, was auch damit zu tun hatte, dass die Reichweite jeder Zeitung immer begrenzt war.

Die New York Times hatte im Februar 2017 eine tägliche Auflage von 571.500 gedruckten Exemplaren,⁸ 1995 waren es noch mehr als doppelt so viel. Präsident Donald Trump hatte im August 2017 36,6 Millionen „followers“ auf seinem Twitter-Account.⁹ Das sind doppelt so viele wie am Ende der Wahlkampagne. Wie im Gegenzug sind die Subskribenten der digitalen Ausgabe der New York Times im ersten Quartal des Jahres 2017 um 62% gegenüber dem letzten Quartal 2016 gestiegen.¹⁰ Das ist ein Trump-Effekt, aber zeigt vor allem, dass sich die Kommunikation ins Internet verlagert.

⁸ Die Sonntagsausgabe umfasste zum gleichen Zeitpunkt 1,087 Millionen Exemplare. Die digitale Ausgabe hatte im Frühjahr 2017 2,2 Millionen Abonnenten. Die einzige amerikanische Tageszeitung mit stabiler gedruckter Auflage ist das Wall Street Journal.

⁹ <https://twitter.com/realdonaldtrump>

¹⁰ In Zahlen: Im ersten Quartal 2017 gewann die Zeitung 308.000 neue Subskribenten.

<https://www.forbes.com/sites/greatspeculations/2017/05/04/new-york-times-digital-subscriptions-continue-to-drive-growth/#5fe7e72f295c>

Wer twittert,¹¹ kann das bei jeder Gelegenheit tun, aber muss sich kurz fassen, erlaubt sind bis zu 140 Unicode-Zeichen. Die Tweets können von allen gelesen werden, also nicht nur von den Followern, daher ist eine unbegrenzte neuartige Öffentlichkeit entstanden, in der jeder jedem alles mitteilen kann. Diese Öffentlichkeit ist zunehmend politisch benutzt worden und hat zugleich die Form der politischen Kommunikation verändert. Ein Argument ist in 140 Zeichen nicht mehr unterzubringen, wohl aber Emotionen, Expressionen oder Provokationen. Das gilt auch für die geplante Ausweitung auf 240 Zeichen.¹²

Politische Botschaften verwenden traditionell emotionale Slogans, die für unmittelbare Zustimmung sorgen sollen und sich durch Wiederholung festsetzen. Das lässt sich an Trumps Markenkern zeigen. „Make America great again“ war Teil der Rede von Ronald Reagan am 17. Juli 1980 vor der Delegiertenversammlung der Republikanischen Partei.¹³ Zitiert wird heute allein Trump, was allein zeigt, dass Slogans ohne jedes Urheberrecht frei flottieren können.

Auch wer diese Botschaften bekämpfen will, muss ihnen folgen. Daher ist entscheidend, wer die Themen bestimmt und für das Agenda-Setting sorgt. Im deutschen Wahlkampf 2017 haben am Ende alle nur noch über die AfD geredet, die schnell gelernt hat, wie man mit Tabubrüchen wirkungsvoll provoziert und maximale Aufmerksamkeit gewinnt. Wer sich dagegen gewehrt hat, machte sie stark, weil immer behauptet werden konnte, die mediale Öffentlichkeit grenze die AfD aus und beschneide die Meinungsfreiheit, nur um am Ende der Agenda der AfD zu folgen.

Wer dieses Spiel perfekt beherrscht, ist Donald Trump, der erste Twitter-Präsident der Geschichte. Er setzt in den amerikanischen Medien die Themen und bestimmt die Schlagzeilen mit gezielten Provokationen, weil er weiss, dass alle Medien auf Ungeheuerlichkeiten reagieren müssen und sich niemand zurückhalten wird. Trump legt sich nicht einfach mit den Medien an, er nutzt sie, indem er ihre Wahrheiten in Frage stellt und sich selbst als einsamen Kritiker eines Medienkartells inszeniert.

Trump wäre so die neue mediale vox populi, also die Stimme der Macht, die Gefolgschaft sucht und Widerspruch zu diskreditieren, wo nicht zu vernichten sucht. Das geschieht nicht physisch wie im Mittelalter, sondern mit Verleumdungen, die infantil zu nennen die Kinder beleidigen würde. Entscheidend ist der Effekt im medialen Resonanzraum, in dem immer Reaktionen erzeugt werden, mit denen sich die Meinungsbildung beeinflussen lässt und Mehrheiten erzeugt werden können. Einen Bildungsvorbehalt gibt es nicht.

Die tägliche Aufregung ist Tarnung, dahinter wird eine politische Agenda durchgesetzt,

- Aufkündigung internationaler Verträge,
- Abbau ökologischer Standards,
- militärische Aufrüstung,
- die Re-Konfessionalisierung der Schulen,
- die Re-Industrialisierung des Mittleren Westens
- oder die Zurücknahme von Rechten der Minderheiten.

¹¹ Der Dienst ist ursprünglich als „twitr“ im März 2006 gegründet worden.

¹² Für die Ausweitung ist zunächst eine Testphase geplant. Der Grund sind Börseneinbrüche der Twitter-Aktie. (Neue Zürcher Zeitung Nr. 225 vom 28. September 2017, S. 29)

¹³ <https://www.c-span.org/video/?4055-1/1980-presidential-acceptance-speech>

Selbst die Beschränkung des Wahlrechts für bestimmte Gruppen steht auf der republikanischen Agenda. Begleitet wird das von Diskursen, die die Schuld bei den linken Themen suchen und Trump oder wenigstens seinen Wählern recht geben, auch wenn sie ihn politisch bekämpfen.

Aber wie kann es Kompromisse mit Wählern geben, die mehrheitlich die „white supremacy“ im Kopf haben und für Argumente nicht zugänglich sind? Das fragt der Kolumnist und Schriftsteller Ta-Nehisi Coates (2017) in seinem gerade erschienenen Buch *We were Eight Years in Power*. Der Titel spielt auf die Präsidentschaft Obamas an und das Buch will die Wahl von Donald Trump erklären. Mit solchen Fragen scheint die kantische Öffentlichkeit überfordert sein: Trumps Wähler sind Bürger mit gleichen Rechten, aber Meinungen, die auf Bestätigung in der eigenen Gruppe ausgerichtet sind und sich dem öffentlichen Forum der Vernunft entziehen.

Aber was das je anders? Und sprechen wir nur über die Öffentlichkeit der Intellektuellen? Kein Forum der Vernunft ist politisch neutral und es ist leicht, die linken Medien anzuklagen, die unter „Vernunft“ einfach ihre Vorurteile verstehen würden. Aber weder Demokratie noch Öffentlichkeit sind einfach „links“ (oder „rechts“), sondern sind Verfahren der Gestaltung und Medien der politischen Auseinandersetzung, in denen für Programme Argumente ausgetauscht und Mehrheiten gefunden werden müssen. Aber das wirft umso mehr die Frage auf, welche Zukunft die liberale Öffentlichkeit hat.

3. *Strukturwandel der Öffentlichkeit*

Der Mechanismus der kurzen Provokationen ist aus der Produktwerbung bekannt und wird seit langem auch in Wahlkämpfen genutzt. Neu ist die Art und Weise, wie die sozialen Medien für politische Kampagnen eingesetzt werden, die deren Nutzer direkt ansprechen und mit ihnen scheinbar intim kommunizieren können. Ronald Reagan hat keine seiner Botschaften twittern können und war auf die Streueffekte der traditionellen Medien angewiesen.

- In heutigen Kampagnen spielt die Unterscheidung von Zielgruppen eine wichtige Rolle,
- ebenso die Statistik des Wählerverhaltens
- und damit zusammenhängend der Einsatz der Ressourcen sowie die Themenführung in den Medien.
- Nicht die mündigen Bürger, also der Souverän, sollen angesprochen werden, sondern ihre Psychogramme,
- die sich aus Verhalten, Vorlieben, politischen Optionen und statistischen Daten zu Herkunft, Wohnort oder Bildungsgrad zusammensetzen.

Diese Strategie ist in kurzer Zeit weit fortgeschritten, wie die amerikanischen Wahlkämpfe seit der ersten Kandidatur von Barack Obama im Jahre 2008 bis zur Kampagne 2016 gezeigt haben (Kreiss 2016). Politische Botschaften können nunmehr auf Persönlichkeitsprofile hin abgestimmt werden und der politische Raum kann danach unterschieden werden, wo sich der Einsatz lohnt und wo nicht (Hersh 2015).

Notfalls werden die Wahlkreise verändert.¹⁴ Ihre Festlegung geschieht in den amerikanischen Gliedstaaten etwa alle zehn Jahre, zuständig sind Kommissionen in den lokalen Parlamenten, die deren Mehrheiten abbilden. Entsprechend bevorteilt jede neue Festlegung die regierende Partei. Nur sechs Staaten lassen die Grenzen der Wahlkreise durch überparteiliche Kommissionen ziehen.¹⁵

Offenbar können auch Hacker-Angriffe mit gezielten Indiskretionen gegenüber bestimmten Kandidaten Wahlen beeinflussen. Neu ist auch der Einsatz von fiktiver Meinungsbildung durch *social bots*, also Software-Algorithmen, die in sozialen Medien auf Äusserungen hin automatische Antworten kreieren und damit Meinungen und Umfragen beeinflussen.¹⁶

Schliesslich können auch Suchmaschinen beeinflusst werden,¹⁷ so dass gewünschte Ergebnisse früher erscheinen als ohne die Manipulation. Es gibt Studien, die zeigen, dass Informationen, die man selbst in der Suchmaschine gefunden hat, mehr Glauben geschenkt wird als Artikeln in der New York Times.¹⁸ Dort stand schon vor der Wahl von Trump: „Googling is believing“.¹⁹

Argumente, die öffentlich ausgetauscht werden und überzeugen oder nicht überzeugen, kommen dabei zu kurz, auch weil die grossen Lager der amerikanischen Demokratie nicht wirklich Parteien sind, sondern zwei Seiten eines Kulturkampfes, der immer unversöhnlicher ausgetragen wird. Nicht Politiker, sondern Feinde bekämpfen sich, Skandale binden die Aufmerksamkeit und jeder Verdacht treibt die Kampagne öffentlich voran. Damit verbunden sind oft kraftvolle Selbstdarstellungen oder das mediale Spiel mit dem Authentischen einer Lichtgestalt.

Aber genau deswegen hat die politische Öffentlichkeit ihre Wächterfunktion. Sie kann davon ausgehen, dass gelogen und betrogen wird (Mearsheimer 2011), also muss zusammen mit den Bürgern stets auf der Hut sein. Wahrhaftigkeit ist für Politiker ein knappes Gut und wer nachweislich lügt oder korrupt ist, gerät unter den Druck der Öffentlichkeit und muss dann häufig auch gehen. Insofern kann sich Trump im Blick auf seine Wähler und die Dauer seiner Präsidentschaft auch verrechnet haben.

Aber seine Kampagne hat die Frage aufgeworfen, wie das Zusammenleben politisch organisiert werden soll, wenn sich soziale Gruppen abschotten, nur noch die Medien benutzen, die sie bestätigen, und darauf jederzeit und unmittelbar Zugriff haben. Die klassische politische Öffentlichkeit wäre damit ausgehebelt, die Lebensform der Demokratie setzt Meinungsfreiheit voraus, aber zugleich auch Verständnis für die Anderen und nicht die Anmassung, eine bestimmte Gruppe - die eigene - sei das „wahre“ Volk.

¹⁴ „Gerrymandering“ nach Elbridge Gerry (1744-1814), der 1812 als Gouverneur von Massachusetts erstmalig die Wahlkreisgrenzen zum Vorteil seiner Partei verändern liess.

¹⁵ Neue Zürcher Zeitung Nr. 228 vom 2. Oktober 2017, S. 5.

¹⁶ Im Umfeld der zweiten Fernsehdebatte zwischen Hillary Clinton und Donald Trump am 9. Oktober 2016 in St. Louis sind vom Oxford Internet Institute neun Millionen Tweets ausgewertet worden. Social Bots machten ein halbes Prozent der Benutzer aus und produzierten fast ein Viertel aller Meldungen (Neue Zürcher Zeitung Nr. 261 vom 8. November 2016, S. 11).

¹⁷ Search Engine Optimization (SEO).

¹⁸ Neue Zürcher Zeitung Nr. 233 vom 7. Oktober 2017, S. 7.

¹⁹ The New York Times March 9th, 2016. <https://opinionator.blogs.nytimes.com/2016/03/09/googling-is-believing-trumping-the-informed-citizen/> Der Satz stammt von dem Philosophen Michael Lynch und wird entwickelt in seinem Buch *The Internet of Us* (Lynch 2016).

Nur Interaktion und Austausch zwischen verschiedenen Gruppen konstituiert eine demokratische Lebensform. Das hat John Dewey (1916/1985) richtig gesehen, auch wenn er sowohl die Regierungsform der Demokratie als auch den politischen Kampf um die Macht unterschätzt haben mag. Ruchlosigkeit war für ihn kein Thema. Auf der anderen Seite, wenn Parteien oder Gruppen sich nur bekämpfen, erodiert das Gemeinsame, wird Wahlkampf zur Dauererscheinung und geraten Kompromisse zu Grenzwerten.

- Eine Beschränkung des Wahlrechts gemäss Wissensstand und Bildungsgrad, also der Ausschluss derer, die als uninformatiert gelten,
- wie das der Philosoph Jason Brennan in *Against Democracy* vorschlägt (Brennan 2016), ist keine Lösung, auch wenn Ignoranz mit Urteilsbeschränkung einhergeht.
- Aber jeder Bürger kann frei entscheiden und wenn politisches Wissen ein Ausschlusskriterium wäre, dann würde das in einem Philosophenstaat enden.
- Wer wählt, braucht keinen Wissenspass und schon gar keine Instanz, die das feststellen würde.

Im Sinne des amerikanischen Politologen Sheldon Wolin bezieht sich „Demokratie“ auf die politische Erfahrung freier Bürger, die bei allen Entscheidungen, die sie treffen, niemanden über sich haben und notfalls auch rebellieren können.²⁰ Politische Urteile haben nicht zwingend etwas mit dem aristotelischen Mass der Mitte zu tun, also können auch die Extreme gewählt werden, wenn sie verlockend erscheinen oder dem eigenen Interesse dienen. Das Urteil der Bürger ist frei in der Wahl der Lösungen, selbst dann, wenn Wut das Motiv ist, zur Wahl zu gehen.

Allerdings beziehen sich die Erwartungen im Regelfall auf Lösungen, die vernünftig erscheinen und sich im Lichte der anschliessenden Erfahrungen auch korrigieren lassen. Genau aus diesem Grunde kann man das politische Personal abwählen oder die eigene Meinung verändern, aber die kann sich nur vor dem Hintergrund einer kommunizierenden Öffentlichkeit bilden, also kommt alles darauf an, wie diese beschaffen ist, wen sie berücksichtigt und wer die Macht hat.

„Öffentlichkeit“ ist immer auch eine Sprachregelung, mit der das Unzulässige vom Zulässigen unterschieden wird. Bürger, die sich zu Wort melden und ihrer Meinung Stimme geben, benutzen ihre Sprache und reagieren auf semantische Abweichungen oder Grenzverletzungen. In den neuen Medien geschieht das unter unerwarteten Umständen und mit neuartiger Meinungsmacht. Die Folgen, auch nicht-intendierte, werden dabei in Kauf genommen.

In und mit den neuen Medien sind neue Öffentlichkeiten entstanden, die sich nicht nur auf die Gestaltung des Alltags auswirken, sondern zunehmend auch das Zusammenleben bestimmen. „Freundschaften“ etwa haben eine mediale Form angenommen und übersteigen alle bisher gewohnten Zahlen, Freunde oder „followers“ kann man plötzlich hunderte, tausende oder noch mehr haben, mit denen sich keine persönliche Geschichte mehr verbindet und die auch nicht individuell sein müssen.

Gemeinsam ist diesen Medien, dass sie sofort und ganz individuell genutzt werden können, ihre Lernwege sind leicht und weitgehend voraussetzungsfrei, also verlangen praktisch keine Qualifikation. Auch verfolgen sie keine Ziele, ausgenommen die

²⁰ Demokratie ist „a mode of being“ und nicht einfach eine Regierungsform (Wolin 2016, S. 111).

Beeinflussung und Bindung des Nutzungsverhaltens. Was sie inhaltlich bieten, ist beliebig erneuerbar und kennt weder Wissenshierarchien noch Barrieren wie die soziale Herkunft oder mangelhaftes Vorwissen. Der PISA-Test wäre so keine Norm mehr.

Weil buchstäblich jeder „Nutzer“ sein kann, ist eine Öffentlichkeit ohne Bürger entstanden, in der wohl Meinungen gebildet werden und die in diesem Sinne auch politisch ist, aber die weder Rechte noch Pflichten kennt, keine wichtigen von unwichtigen Themen unterscheiden muss, jede Äusserung von jedem annehmen kann und keine Niveauforderung stellen darf. Das Modell ist nicht das Universitätsseminar und die Autorität im Internet ist die Klickzahl.²¹

Bildung sollte sich traditionell auf die politische Öffentlichkeit der Bürger beziehen. Die Neuen Medien haben dafür gesorgt, dass sich ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen hat, und zwar weitgehender, schneller und sehr viel anders als Jürgen Habermas oder Walter Lippmann dies beschrieben haben (Thierney 2013). Die bisherige politische Öffentlichkeit aus traditionellen Medien, Parteien und gewählten Institutionen hat direkte Konkurrenz erhalten, die nicht dadurch geringer wird, dass alle auch neue Medien benutzen.

- Die Frage ist, wie sich die Diskursmacht verteilt,
- welche Meinungen Beachtung finden,
- wem Glaubwürdigkeit zugesprochen wird
- für wen die Gefahr besteht, nicht mehr beachtet zu werden,
- und wie daraus Politik entsteht.

Die drohende Irrelevanz ergibt sich aus einem Vertrauensverlust und dem Gefühl, nicht mehr angemessen repräsentiert zu werden. Die politische Öffentlichkeit lebt auch davon, dass in ihr stellvertretend agiert werden kann, ohne die Glaubwürdigkeit zu verlieren. Politiker können nicht einfach für sich sprechen, sondern müssen das Gemeinwohl vor Augen haben und ihre Wähler vertreten, ohne sich als politische Klasse zu verselbständigen. Aber gerade das Prinzip der Repräsentation scheint fragwürdig zu werden.

Der Ersatz wäre eine Öffentlichkeit, die jedem zugänglich ist und keine Eintrittsbedingungen kennt. Formal wird auf einen Demokratisierungsgewinn verwiesen, denn jeder Nutzer kann sich in Netzwerken öffentlich äussern und jede Stimme kann erhoben werden, aber Anlass und Themen folgen medialen Konjunkturen, nur deswegen finden die Stimmen auch Beachtung. Meinungsbildung ist nicht gleichbedeutend mit dem Abwägen von verschiedenen Positionen, dafür fehlt in Hochgeschwindigkeitsmedien die Zeit, die auch durch ständiges Einblenden von Ratings strapaziert wird.

Mit dem Internet ist eine „Öffentlichkeit“ ohne raumzeitliche Anwesenheit und ohne Vergessen entstanden, die sich nicht mehr auf eine Geschichte und Literatur der Argumente, sondern auf sich selbst bezieht. Partizipation im Netz setzt vielfach anonyme Meinungsbildung voraus und bringt daher die traditionelle Vorstellung der persönlich diskutierenden Öffentlichkeit ebenso in Verlegenheit wie das Prinzip der repräsentativen Wahl.

²¹ Youtube, 2006 gestartet, hatte 2017 schätzungsweise 1,3 Milliarden Nutzer Zuschauer, bestimmt das Lernverhalten und so die Nachfrage. Der Trailer des Films „The Fast and Furious 7“ hatte 2015 weltweit 139 Millionen Klicks.

Jeder, der einen Zugang hat, kann mit jedem zu jeder Zeit kommunizieren, ohne die eigene Identität kenntlich machen zu müssen. Man ist nicht „Bürger“, sondern „User“ ohne Verantwortung für das, was man von sich gibt. Die Meinungsfreiheit ist damit in einem buchstäblichen Sinne grenzenlos geworden, alles was sich äussern lässt, wird geäußert, und dies mit sinkenden Hemmschwellen und grösster, wenngleich kurzfristiger und flüchtiger Aufmerksamkeit. So werden Nutzer leicht zu „trolls“ (Donath 1998), also Netz-Aggressoren auf der Suche nach Feinden, mit allen Folgen für die neuen Öffentlichkeiten.²²

Allein die historisch beispiellose Beschleunigung des Lernens und der Wahrnehmung²³ bei schnell wechselnden Themen und scheinbar gefahrlosem Löschen verhindert eine Verantwortungskontinuität. Am Ende einer Diskussion steht keine bestimmte Überzeugung, auch weil es kein Ende mehr gibt. Es kann immer nur weitergehen. Mit einem Bonmot könnte man sagen: „To be is to be updated“.²⁴

Angesichts solcher Tendenzen fragt sich, wie weit die Legitimation der öffentlichen Bildung noch reicht, auf welche Öffentlichkeit sie abzielt und was an deren Stelle treten könnte. In einem Raum ohne Regeln der Kritik kann niemand offensichtlichen Unsinn und Schlimmeres wie Rassismus oder religiöse Hetze mit Erfolg in die Schranken weisen, weil man als „User“ nicht zuhören muss oder leicht in andere Medien ausweichen kann, wo die Bestätigung durch Gleichgesinnte gesucht wird. Damit verfestigen sich Überzeugungen und werden für jeden Einwand unerreichbar.

Die Aufgaben des Zusammenlebens können nicht mit abgeschotteten Gruppen bearbeitet werden, die sich gegenseitig nichts zu sagen haben und dann schnell einmal autoritäre Lösungen erwarten. Die demokratische Lebensform schliesst das aus und definiert sich über Verständigungsprozesse. Aber die scheinen sich massiv zu wandeln und das wird auch pädagogische Folgen haben, nicht zuletzt weil sich auf paradoxe Weise die Kontrollmacht verschiebt. Ohne argumentative Kontrolle durch die Öffentlichkeit nimmt die Freiheit des Individuums zu, aber auch die Macht von Gruppen, die nur sich selbst kontrollieren.

4. Autoritarismus und der Wandel der öffentlichen Bildung

Was könnte nun in pädagogischer Hinsicht geschehen - oder geschieht längst, wenn die politische Öffentlichkeit an Einfluss verliert oder gar ersetzt wird? Hier kommt der Autoritarismus ins Spiel, also die Herrschaft von Autokraten, die von einer liberalen Öffentlichkeit und so auch von mündigen Bürgern nichts wissen wollen, es sei denn für die Akklamation der Herrschaft. Allein damit wäre Mündigkeit ausgehebelt.

In der Folge wird auch die liberale Erziehung bekämpft.

- Dabei kommen zwei zentrale Strategien zum Tragen,
- einerseits wird die Ausrichtung des Curriculums an den modernen Wissenschaften in Frage gestellt

²² „Tyranny of the mob“ (Time Magazine August 20, 2016, S. 25-30).

²³ Vgl. die Studie von Wajcman (2015).

²⁴ New York Review of Books Vol. LXIII, No. 11 (June 23 – July 13, 2016), S. 36. Siehe die Darstellung von Hui Kyong Cin (2016).

- und andererseits ist der Adressat der Bildung nicht länger das autonome Subjekt.
- Beide Errungenschaften der Aufklärung sind von Fundamentalisten nie akzeptiert worden, nur fanden ihre Stimmen bislang kein Gehör.

Die erste Strategie zeigt sich etwa an dem Versuch, die Evolutionstheorie aus dem Biologieunterricht zu entfernen oder stark zu relativieren, aber auch an der Nationalisierung des Geschichtsunterrichts, in der Sprachenpolitik, am schulischen Literaturkanon oder am Sexualunterricht, alles heikle Grössen für das Selbstverständnis von nationalkonservativen oder evangelikalen Gruppierungen, die sich in der liberalen Öffentlichkeit nicht vertreten fühlen und die Nähe zu Autokraten suchen.

Auch die zweite Strategie hat verschiedene Elemente, die Rückkehr der unbefragten pädagogischen Autorität in Schule und Elternhaus, Disziplin und Strenge als Leitwerte, Rückbau der Demokratisierung, Entwertung von Dialog und Verhandlung oder die Verpflichtung der Erziehung auf Glauben, Volk oder Rasse. Es ist eine deutsche Optik anzunehmen, das liege hinter uns. Pädagogische Konzepte dieser Art sind gerade im öffentlichen Streit immer erneuerbar und warten nur auf den passenden Diskursraum.

Heute wird auch klar, dass der westliche Konsens über eine liberale Erziehung, der sich nach dem Ende des Kalten Krieges herausgebildet hat, zu keinem Zeitpunkt eine globale Geltung hatte und immer umstritten war, denkt man an fundamentalistische Kräfte und autoritäre Positionen, die etwa in den Vereinigten Staaten nie verschwunden sind. Sie waren nur nicht in der erziehungswissenschaftlichen Literatur präsent, während sie sich in anderen Medien inzwischen deutlich bemerkbar machen und zunehmend an Einfluss gewinnen.

Was auch festgehalten werden muss: Viele Bildungssysteme der Welt sind politisch autoritär und sie folgen Zielen, die nicht gebunden sind an die Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft. Man denke an China, die arabischen Länder oder auch die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, zu schweigen von Nord-Korea. Interessant sind die Fälle der Rückentwicklung, also Systeme, die liberalisiert worden sind und nun politischen Gegenwind erhalten. Eine Gemeinsamkeit ist die Abwendung von der Säkularisierung.

Die religiöse Erziehung hat in verschiedenen Formen neuen Auftrieb erhalten, was nicht immer etwas mit Glauben zu tun hat. Wohlhabende Eltern wählen auch in Deutschland häufig konfessionell geführte Privatschulen für ihre Kinder, weil sie dort eine verlässliche Werteerziehung vermuten und die Kinder in sicherer Obhut sehen. In diesem Sinne wird die öffentliche Bildung abgewählt und es ist egal, dass auch in diesen Schulen der staatliche Lehrplan gilt, solange Vertrauen in die Erziehung besteht.

Ein anderer Fall ist Homeschooling, das mehrheitlich Glaubensgemeinschaften bestimmt wird. Bestimmte Gruppen christlicher Eltern unterrichten ihre Kinder zuhause, wo immer dies möglich ist, um ihre Kinder vor den Zumutungen öffentlicher Schulen zu bewahren. Letztlich wollen sie damit sich und ihren Glauben schützen, der mit der Erziehung an die nächste Generation überliefert werden soll und über den die Kinder daher nicht frei entscheiden dürfen. Eltern als Schulverweigerer sind nahezu ausschliesslich konfessionell gebunden oder gehören häufig auch Sekten an.

In den Vereinigten Staaten wurden im Jahre 2012 mehr als 1,77 Millionen amerikanische Kinder, zumeist aus religiös gebundenen Familien, nicht an öffentlichen oder privaten Schulen unterrichtet. Das sind 3.4% der Gesamtschülerschaft, die häuslichen

Unterricht erfahren, was die Schulgesetze zulassen.²⁵ Die Lehrer der Kinder sind ihre Eltern und die Zahl wächst langsam, aber kontinuierlich.²⁶

Aber es geht nicht nur um religiöse Erziehung im Elternhaus, sondern auch um deutlich autoritäre Ansätze der Bildungspolitik, die im internationalen Vergleich gut zu beobachten sind, besonders dort, wo demokratische Prinzipien bedroht oder bereits ausser Kraft gesetzt sind, etwa in Polen, in Ungarn, in Russland oder auch in der Türkei. Oft mischen sich dabei Autoritarismus und Re-Konfessionalisierung. Die staatliche Bildung wird umgebaut und der öffentlichen Einflussnahme entzogen.

Ein sicherer Indikator für Liberalität ist die Sprachenpolitik eines Landes, je weniger auf Minderheiten Rücksicht genommen wird, desto illiberaler ist die Politik. Ein aktuelles Beispiel ist das neue Bildungsgesetz der Ukraine, das im September 2017 verabschiedet wurde. Das pädagogisch moderne Gesetz²⁷ beschneidet die Rechte der russischen, ungarischen oder rumänischen Minderheiten, die keine Schulen in der eigenen Sprache mehr betreiben dürfen. Ab der fünften Klasse wird Ukrainisch in allen Fächern Unterrichtssprache, was mit der nationalen Einheit begründet wird.²⁸

Eine fast noch grössere Rolle spielt die Religion und dies auch in scheinbar säkularen Staaten wie die Türkei oder Russland. Hier lässt sich von einer Re-Konfessionalisierung der öffentlichen Schule sprechen, also der Rückgewinnung von Terrain, das bei der Gründung der Sowjetunion und der Republik Türkei verloren ging. Nicht-konfessionelle Lehrpläne und die Trennung von Schule und Kirche galten nach 1917 bzw. 1923 als grosser Fortschritt der Geschichte.²⁹ Die Bevölkerung allerdings wurde nie befragt, ob sie das auch so sieht.

In der Türkei ist islamischer Religionsunterricht heute wieder verbindlich und wurde die Evolutionstheorie aus dem Biologieunterricht weitgehend gestrichen. Zu Beginn des Jahres 2017 hat das türkische Bildungsministerium den Entwurf für einen Lehrplan vorgelegt, der vorsieht, die Evolutionstheorie nicht mehr zu unterrichten. Der stellvertretende Ministerpräsident nannte Darwins Lehre „archaisch und verrottet“. Dass sie zu den wissenschaftlichen Theorien zählt, die am besten belegt sind, machte sie eher noch verdächtiger.

Der Entwurf löste in der türkischen Zivilgesellschaft einen Sturm der Entrüstung aus, Bildungsexperten und mit ihnen viele Bürger protestierten, zusammen wurden mehr als 1.840.000 Eingaben gegen den Lehrplan geltend gemacht. Die regierende AKP („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) focht das nicht an, nur machte sie jetzt pädagogische Gründe geltend. Die Theorie sei zu kompliziert und zudem umstritten, hiess es, das könne man türkischen Schülern nicht zumuten.

Deswegen wurde die Evolutionstheorie aus dem Lehrplan der neunten Klasse herausgenommen und erst kurz vor der Matura soll sie angesprochen werden, weil die Schüler

²⁵ Gesetze zur Schulpflicht (compulsory education) wurden in den Vereinigten Staaten zwischen 1852 (Massachusetts) und 1918 (Mississippi) verabschiedet. Mit der Entscheidung Pierce vs. Society of Sisters hat der amerikanische Supreme Court am 1. Juni 1925 die Freiheitsrechte der Eltern gestärkt. Geklagt hatte eine christliche Elternvereinigung.

²⁶ National Center for Education Statistics: <http://nces.gov/nhes/homeschool/>

²⁷ Das Gesetz höhere Budgets, bessere Löhne, mehr Autonomie für die Schulen und modernere Unterrichtsmethoden vor.

²⁸ Neue Zürcher Zeitung Nr. 224 vom 27. September 2017, S. 3.

²⁹ Säkulisierung und Laizismus der staatlichen Institutionen wurden 1928 bzw. 1937 in der türkischen Verfassung festgeschrieben.

dann reif genug sind.³⁰ Auch Karl Marx wird im Fach Gesellschaftskunde nicht mehr vorkommen und im Musikunterricht sollen religiöse Hymnen verinnerlicht werden.³¹

Der neue Lehrplan ist inzwischen in Kraft getreten.

- Er orientiert sich an „türkischen Werten“,
- der Laizismus des Republikgründers Atatürk erhält eine deutliche geringere Unterrichtszeit,
- alle neu gebauten Schulen werden mit einer Moschee oder einem Gebetsraum ausgestattet,
- die Gründung religiöser Schulen wird erleichtert und die Prüfung für die gymnasiale Oberstufe wird abgeschafft.

Die Abschaffung der Prüfung ist ein Kernstück der Reform und sie wird pädagogisch begründet. Bislang erhielten von 1,3 Millionen Schülern des letzten Jahrgangs der Mittelschulen nur 400.000 einen Platz an einem öffentlichen Gymnasium.³² Diesen Selektionsdruck könne man den Schülern nicht zumuten, hiess es von Seiten des Bildungsministeriums. Aber die Abschaffung der Prüfung stärkt die muslimischen Imam-Hatip-Schulen, deren Abschlüsse denen der Gymnasien gleichgestellt werden. Als 2003 Erdogan seine erste Wahl gewann, besuchten weniger als 100.000 Kinder die religiösen Schulen, heute sind es rund 1,3 Millionen.³³

Ein ähnlicher Trend lässt sich in Russland beobachten. Im Zuge der Trennung von Staat und Kirche wurde 1918 der Religionsunterricht an staatlichen Schulen verboten, Religion wurde zur Privatsache erklärt (Danilovich 2016, S. 211). Vom 1. September 2015 an wird an russischen Schulen das Pflichtfach „Grundlagen der spirituellen und moralischen Kultur Russlands“ unterrichtet. Das Fach ist massgeblich von der orthodoxen Kirche unterstützt worden, die ihren Einfluss auf die staatliche Schule kontinuierlich ausgedehnt hat und faktisch Glaubensunterricht befürwortet.³⁴

Ähnliches gilt für die katholische Kirche in Polen. Seit 1997 ist Religionsunterricht in der polnischen Verfassung verankert und de facto regiert die Kirche den Unterricht. Religion ist zwar kein Pflichtfach, aber wird benotet, die Note erscheint im Zeugnis unterhalb der Verhaltensnote und die Abmeldung vom Unterricht hat soziale Folgen. Ethik wird formal als Alternative angeboten, aber die notwendigen Ressourcen werden häufig nicht zur Verfügung gestellt.³⁵

Auch in Ungarn ist seit 2013 konfessioneller Religionsunterricht Wahlpflichtfach in den öffentlichen Schulen, eine Mehrzahl der Schüler wählt inzwischen diese Variante gegenüber dem säkularen Ethikunterricht. Die Evolutionstheorie wurde aus dem Lehrplan gestrichen. Der Widerstand gegen solche Entwicklungen ist schwach und der Rückhalt in Teilen der Bevölkerung gross.

³⁰ Neue Zürcher Zeitung Nr. 145 vom 26. Juni 2017, S. 5.

³¹ Spiegel Online vom 27. September 2017.

³² Im Schuljahr 2016/2017 besuchten insgesamt 17,32 Millionen Schülerinnen türkische Schulen. Das Einschulungsalter liegt bei 5 1/2 Jahren, die Schulzeit beträgt 12 Jahre, nach achten Jahren kann die Oberschule besucht werden. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Kultur-UndBildungspolitik_node.html

³³ Neue Zürcher Zeitung Nr. 226 vom 29. September 2017, S. 5.

³⁴ <http://www2.stetson.edu/~psteeves/relnews/160125b.html>

³⁵ <http://www.polentoday.de/content/view/4313/44/>

In allen diesen Fällen orientiert sich die Bildungspolitik an bestimmten Kriterien, die weitgehend identisch sind:

- Nationale Werte,
- Helden der nationalen Geschichte,
- angestammte Religionsgemeinschaften,
- patriotische Literatur und Vorbilder des gesellschaftlichen Lebens,
- soweit sie zur politischen Herrschaft passen.

„Nation“ ist gleichbedeutend mit Sprache und geschichtlichem Raum. Die Lehrpläne sind paternal ausgerichtet und kennen weder Mehrperspektivität noch freie Lernformen oder Schutz der Minderheiten.

Ein weiteres Beispiel ist Israel. Seit 2015 leitet Naftali Bennett³⁶ von der religiösen Siedlerpartei „Das jüdische Heim“ das nationale Erziehungsministerium. Das Ministerium hat die Lehrmittel der staatlichen Primarschulen im Sinne der jüdischen Orthodoxie umgestaltet. Die Lehrmittel schon für die Erstklässler zielen darauf ab, eine Umerziehung der jungen Generation zu erreichen, die in einem säkularen Umfeld aufwächst. Kinder müssen zum Beispiel ausrechnen, wie viel „reine“ Tiere Noah in seiner Arche mitgenommen hat.

Die Einhaltung religiöser Gebote wird als Verhaltensnorm präsentiert und vermittelt wird, dass die weltlichen Schüler den religiösen moralisch unterlegen seien. Die verpflichtenden Gemeinschaftsaktivitäten konzentrieren sich auf die Vermittlung jüdischer Werte und werden von nationalreligiösen Organisationen durchgeführt, die vom Ministerium massiv unterstützt werden. Das „Jüdische Heim“ geht davon aus, dass die Säkularen in einem Wertevakuum leben, unter einer Identitätskrise leiden und deshalb beeinflussbar seien.³⁷

Dagegen wehren sich die säkularen Eltern, anders als in der Türkei gibt es in Israel eine politische Öffentlichkeit mit Diskursmacht, die erreicht hat, dass die Lehrmittel überprüft werden und missionierende Kindergärtnerinnen, die Zivildienst leisten, nicht länger in den weltlichen Kindergärten beschäftigt werden. Die Religiösen wird das kaum bedrücken, sie warten einfach auf die nächste Gelegenheit, die sie auch erhalten werden, solange sie die Machtpositionen besetzen.

Die Grundregel der politischen Öffentlichkeit im Verhältnis der Religionen lautet so:

- Öffentlichkeit sorgt für den Pluralismus von Meinungen.
- In ihrem Selbstverständnis sind Religionen keine Meinungen, sondern historisch unverrückbare Wahrheiten.
- Jede Religion kann sich öffentlich artikulieren, aber keine hat in der Öffentlichkeit den Supremat über alle anderen.
- Jede Religion lebt für sich und kann dabei um Anhänger werben, aber keine hat Monopol auf Wahrheit ausserhalb des eigenen Glaubens.

Aber genau das wird als Anschlag auf den Glauben verstanden. Mission soll die Wahrheit verbreiten und Erziehung soll den Bestand schützen. Eine Wahl besteht nicht, Kinder sollen den Glauben übernehmen und ihn als einzige Wahrheit akzeptieren, für die

³⁶ Der Jurist Naftali Bennett (geb. 1972) gehört seit 2012 dem Kabinett Netanyahu an ist seit Mai 2015 Bildungsminister.

³⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 177 vom 2. August 2017, S. 11.

religiösen Eltern ist das eine Frage des Heils, allein das erklärt den Widerstand gegen jede Form von säkularer Bildung. Wer aus diesen Kreisen an öffentlichen Diskussionen teilnimmt, kann nur missionieren und so alle anderen missachten. Man nutzt die Öffentlichkeit und missachtet zugleich ihre Grundregeln.

Auch der christliche Fundamentalismus ist nicht Geschichte, sondern Gegenwart, die das öffentliche Bildungswesen unmittelbar berührt. Elisabeth (Betsy) de Vos, die mit Stichentscheid des Senats berufene amerikanische Bildungsministerin der Regierung Trump,³⁸ hat ihre Vision des künftigen Bildungswesens in den Vereinigten Staaten mit dem Hinweis erklärt, es solle geleitet sein von dem Bestreben „to advance God’s Kingdom“.³⁹

Dazu vor allem dient die Privatisierung, die Platz schaffen soll für die freie Schulwahl und so für die Finanzierung religiöser Schulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen. Die freie Schulwahl war Teil eines übergreifenden neo-liberalen Reformprogramms, das die religiöse Rechte aufgegriffen und für sich instrumentiert hat, legal, nachdem der Supreme Court die Finanzierung von religiösen Privatschulen mit staatlichen Bildungsgutscheinen gutgeheissen hat.⁴⁰ Nach dem Urteil stieg der Zahl dieser Schulen steil an.

Damit gilt der Kampf der öffentlichen Bildung, die sich an den Wissenschaften orientiert, Glaubenslehren ausschliesst und für das christliche „Kingdom of God“ keinen Platz hat. Diese Vision wäre gleichbedeutend mit einem Suprematanspruch, den staatliche Schulen ausschliessen müssen. Die starken christlichen Sekten in den Vereinigten Staaten haben das nie akzeptiert, von den Lehren der *Fundamentals*, also fundamentalistischer Theologen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, führt daher nicht zufällig ein direkter Weg in das Kabinett von Präsident Donald Trump.

Betsy de Vos ist streng religiös erzogen, hat die private Holland Christian High School in ihrem Heimatort Holland (Michigan) absolviert und ein Studium am Calvin College in Grand Rapids abgeschlossen. Auch ihre vier Kinder haben nie eine öffentliche Schule besucht und die Mutter hat nie ein öffentliches Amt innegehabt. Sie ist bewusst ausgesucht worden, damit Wahlfreiheit im amerikanischen Schulsystem verankert werden kann und so Platz geschaffen wird für christliche Schulen.

Die amerikanische Bildungsministerin gehört der reformierten Kirche an⁴¹ und ist Mitglied im Aufsichtsrat der *Foundation for Excellence in Education*, die die Privatisierung vorantreibt. Die Mission dieses christlichen Think-Tanks wird so beschrieben: „Our Mission: To build an American education system that equips every child to achieve his or her God-given potential“.⁴²

Die Ministerin geht zusätzlich davon aus, dass freie Schulwahl zu „greater kingdom gain“ führen, also Gewinn für den Himmel mit sich bringen würde.⁴³ Betsy de Vos ist eine schwerreiche Aktivistin der christlichen Fundamentalisten und betreibt letztlich die Re-

³⁸ Neue Zürcher Zeitung Nr. 32 vom 8. Februar 2017, S. 5.

³⁹ <https://www.nytimes.com/2016/12/13/opinion/betsy-devos-and-gods-plan-for-schools.html>

⁴⁰ Gemäss einem Urteil des amerikanischen Supreme Court aus dem Jahre 2002 ist die Praxis der Förderung von religiösen Schulen unter bestimmten Bedingungen legitim. Damit endete die Praxis der rigorosen Trennung von Staat und Kirche im Bereich der Bildung.

⁴¹ Die calvinistische Christian Reform Church ist 1857 in Holland (Michigan) gegründet worden. Ihr gehören derzeit rund 236.000 Mitglieder an. Die Kirche unterhält das Calvin College.

⁴² <http://www.excelined.org/>

⁴³ <https://www.nytimes.com/2016/12/13/opinion/betsy-devos-and-gods-plan-for-schools.html>

Konfessionalisierung der öffentlichen Schule. Die freie Schulwahl verbunden mit staatlichen Bildungsgutscheinen für religiöse Eltern ist nur ein Etappenziel.

Die Wahl von Betsy DeVos zur Secretary of Education der Vereinigten Staaten hat erneut die Diskussion aufgeworfen, wie weit die Trennung von Staat und Kirche in der öffentlichen Schule geht. Der Supreme Court betrachtet Religionen mehrheitlich als „Standpunkt“ (viewpoint), den jedermann einnehmen dürfe und den auszuschliessen gegen das Diskriminierungsverbot verstosse (Stewart 2012, S. 98). Einen Standpunkt zu vertreten, ist gleichbedeutend mit einer Meinung zu äussern, und das steht unter dem Schutz der Verfassung. Religiöse Schulen sind daher keine Stätten der Indoktrination, sondern der freien Meinungsäusserung von Standpunkten, die mit staatlichen Mitteln wie Bildungsgutscheinen unterstützt werden dürfen.

Auch Betsy DeVos und ihre evangelikalischen Kreise reagieren auf einen historischen Verlust. In früheren Epochen war die amerikanische Schule ganz selbstverständlich christlich ausgerichtet, auch wenn nicht das Fach Religion unterrichtet wurde. Katherine Stewart hat 2012 in ihrem Buch *The Good News Club* herausgearbeitet, dass die religiöse Rechte in den Vereinigten Staaten die Trennung von Schule und Kirchen nicht nur nie akzeptiert, sondern unablässig und mit allen Mitteln bekämpft hat. Für sie war die Wahl Trumps der grösste denkbare Triumph.

Zugleich wird in dem Buch deutlich, dass mit erheblichen Finanzmitteln die religiöse Bildung von schulpflichtigen Kindern ausserhalb der öffentlichen Schulen vorangetrieben wird. Ein Beispiel ist die Bewegung „The Good News Club“, die vor allem sozial Schwächere mit kostenlosen Erziehungsangeboten anzusprechen versucht. Diese sind gleichbedeutend mit der Evangelisierung von Kindern (ebd., S. 34), während die Eltern denken, ihren Kindern werden Werte und gutes Benehmen vermittelt.

Was in dem Buch auch deutlich wird, ist die Geschichtsklitterung, gemäss der der Untergang der amerikanischen Bildung mit den früheren Urteilen des Supreme Court zur Trennung von Schule und Kirche eingesetzt hat. Der Fernsehevangelist Pat Robertson hat 1991 davon gesprochen, dass der moralische Niedergang der amerikanischen Nation mit diesen Urteilen eingesetzt habe (ebd., S. 67). In verschiedenen Veröffentlichungen wird auch behauptet, dass der Leistungsrückgang unmittelbar mit der Säkularisierung der Schulen zusammenhänge (ebd., S. 68).

Für viele Eltern ist das der zentrale Grund, für ihre Kinder christliche Schulen zu wählen, während Schulleistungen vor allem mit der sozialen Zusammensetzung der Schulen zu tun haben. Freie Schulwahl befördert die Segregation im Namen des höchsten demokratischen Wertes, nämlich eben der Freiheit. Faktisch ist das eine pädagogische „white supremacy“, gefördert von den Koch-Brüdern oder der Familie DeVos, die die neue Rechte in den Vereinigten Staaten finanzieren (Mayer 2016, S. 233ff.)

In diesen Zusammenhang gehört auch die amerikanische Bewegung der „Kreationisten“, ein anderes Beispiel für ständige und sich verstärkende Versuche einer Re-Konfessionalisierung der öffentlichen Bildung. Auch hier geht es um den Lehrplan, was zur Folge hat, dass viele Schulbehörden sich vor dem Dilemma sehen, einerseits von den Wissenschaften auszugehen und andererseits nicht zu wissen, wie die Ansprüche der Religionsgemeinschaften angemessen berücksichtigt werden können. Weil diese Gemeinschaften über Geld und Einfluss verfügen, ist die Gefahr gross, sie bevorzugt zu behandeln. Das politische Vorgehen der religiösen Gruppen ist dabei aufschlussreich.

„Kreationisten“ sind zumeist weisse, protestantische Fundamentalisten, die verschiedenen kirchlichen Gruppierungen angehören und einen erheblichen öffentlichen Einfluss gewonnen haben. Sie bestreiten die Evolutionstheorie, berufen sich auf die biblische Schöpfungsgeschichte und glauben an deren Wortlaut als empirischen Tatbestand. Selbst die Zeit der Schöpfung wird wörtlich übernommen, eine Entwicklung der Natur nach biologischer Zeit wird abgelehnt und vehement bekämpft (Scott 2004).

Eine Variante folgt der Lehre vom Intelligent Design, gemäss der das Leben auf der Erde einen Urheber haben muss und nicht durch natürliche Selektion erklärt werden kann. Die Entwicklung des Lebens wird nicht abgelehnt, aber die Zufälligkeit wird bestritten. Der „Urheber“ ist der christliche Gott, die Design-Theorie ist am christlichen Discovery-Institute in Seattle entwickelt worden, das von religiösen Stiftungen finanziert wird.

Bürgerinnen und Bürger können sich auf diese Weise äussern, das *First Amendment* zur amerikanischen Verfassung verbietet bekanntlich jede Form der Beeinträchtigung der freien Meinung. Kreationismus kann als Meinung in der Öffentlichkeit verbreitet und darf nicht deswegen untersagt werden, weil die Schöpfungslehre der Evolutionstheorie widerspricht.

In der kruden Fassung ist der Kreationismus an öffentlichen Schulen verboten, deswegen ist die Theorie des „intelligent design“ entwickelt worden, die den Zugang zu den Schulen sichern soll. Man sieht, es wird alles unternommen, zumindest eine Alternative zur Evolutionstheorie präsent zu halten, wenn man diese schon nicht abschaffen kann.

Das Dilemma für die Behörden ist ein demokratisches:

- Wieso kommen die Lehren der Kreationisten, die inzwischen trotz aller Gegenkampagnen viele Anhänger gefunden haben, nicht im Biologieunterricht vor, der doch künftige Bürger auf das Leben und so auch auf das Meinungsspektrum der Öffentlichkeit vorbereiten soll?
- Und entspricht es nicht dem Gebot der Demokratie, nicht nur alle Meinungen öffentlich zu Wort kommen zu lassen, sondern sie auch gleichberechtigt zu unterrichten (Gutmann 1999, S. 101ff)?

Aber Wissenschaft ist keine „Meinung“ und wer das intelligent design unterrichtet, kann sich auf keine zweite Evidenz neben der Wissenschaft berufen, sondern nur auf Spekulationen, die nicht dadurch besser werden, dass man sie glaubt. Anders müsste man auch den Lehren von Holocaust-Leugnern oder Lehren von Schamanen ungeprüft Platz im Curriculum einräumen.

5. *Ausblick: Das Weimarer Gespenst*

Kreationistische Gruppierungen bedrohen den staatlichen Lehrplan mit dem Argument der Freiheit, aber nur der Eltern und nicht der Kinder. Sie wollen, dass die Kinder in den öffentlichen Schulen *ihre* Religion lernen oder mindestens die Gelegenheit erhalten, andere Lehren zum gleichen Gegenstand abzuwählen. Das zeigt, wie unmittelbar Erziehung und fundamentalistische Religionsauffassung immer noch zusammenhängen. Muslimische

Fundamentalisten wollen nicht, dass ihre Töchter am Schwimmunterricht teilnehmen oder ihre Söhne den Lehrerinnen die Hand geben.

Allein das letzte Beispiel zeigt, dass es sich aus deutscher Sicht nicht um ferne Entwicklungen handelt, bei denen man sich beruhigt zurücklehnen könnte. Und es geht auch nicht nur um die Unverträglichkeit von religiösen Überzeugungen und säkularen Regeln, bei der im Konfliktfall die Staatsmacht angerufen werden könnte.

Vielmehr fragt sich, was aus der öffentlichen Bildung werden soll, wenn sie an Überzeugungskraft verliert, und dies an beiden Seiten, dem extremen Individualismus im Netz und dem ignoranten Fundamentalismus in der Welt des Glaubens. Beide brauchen keine öffentliche Bildung, bekämpfen die Schulpflicht und lehnen jede Form von integriertem Unterricht ab.

Und es gibt zunehmend auch eine dritte Seite, nämlich die der Ideologien. Das sind säkulare Positionen, die die Wahrheit für sich reklamieren und allen anderen falsches Bewusstsein unterstellen, oft gestärkt durch die Berufung auf bestimmte philosophische Lehren, deren Beachtung eigene Konjunkturen kennt. Heute gibt es auch in Deutschland wieder „Vordenker“ der Rechten (Wagner 2017), die lange keine Öffentlichkeit gefunden hatten.

Die neue Rechte greift nicht nur liberale Gesellschaft an, sondern mindestens ebenso auch die liberale Erziehung. Damit soll die Bildungsgeschichte seit der Aufklärung revidiert werden. Das ist an sich nichts Neues, gerade in Deutschland ist zwischen Autoren wie Ernst Jünger, Hans Freyer, Martin Heidegger, Oswald Spengler oder Carl Schmitt immer wieder versucht worden, die liberale Philosophie zu bekämpfen und eine autoritäre Pädagogik zu bewahren.

An diese Kritik, sozusagen an das Weimarer Gespenst, wird heute angeschlossen, häufig unter Berufung auf eine radikale Kritik der parlamentarischen Demokratie, die der Staatsrechtler Carl Schmitt 1923 veröffentlicht hat. Demokratie, so Schmitt, habe mit Parlamentarismus gar nichts zu tun, also mit den Prinzipien der öffentlichen Rede, der geregelten Abstimmung und der repräsentativen Wahl, die freie Bürger voraussetzt.

Schmitt geht davon aus, dass „die Entwicklung der modernen Massendemokratie die argumentierende öffentliche Diskussion zu einer leeren Formalität gemacht hat“ (Schmitt, 2010, S. 10). Die liberale Vorstellung der „government by discussion“ wird polemisch als „verschimmelt“ bezeichnet. Nicht nur rhetorisch wird gefragt: „Wer glaubt noch an diese Art von Öffentlichkeit? Und an das Parlament als die grosse ‚Tribüne‘?“ (ebd. S. 12)

Daher ist von „Schwatzbude“, „Lügenpresse“ oder „Altparteien“ die Rede. Damit soll die liberale Vorstellung von Öffentlichkeit angegriffen und als obsolet hingestellt werden. Anders dagegen die Demokratie, die gerade verteidigt wird, vorausgesetzt, dass Liberalismus und Demokratie getrennt werden. Das wird wie folgt begründet:

„Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, dass nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nicht-gleiche nicht gleich behandelt wird. Zur

Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - nötigenfalls - die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“ (ebd. S. 13/14).⁴⁴

Erläuternd heisst es: Die politische Kraft einer Demokratie zeige sich darin, „dass sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiss“ (ebd. S. 14). Notwendig ist eine „Substanz“ der Gleichheit, die in bestimmten physischen und moralischen Qualitäten gefunden werden kann.

Die Herrschaft des Volkes hat die Homogenität des Volkes zur Voraussetzung - Man sieht, wo die AfD gedankenpolitisch herkommt. Heute wird zusätzlich gesagt, dass die jetzige deutsche Demokratie dem Volk durch die amerikanische Re-Education aufgezwungen wurde und schon deshalb hinfällig sei. Eine weltoffene Erziehung kann es dann nicht geben und das homogene Volk wäre der Adressat jeder Pädagogik. Das hatten wir schon einmal, aber die Diskussionen und das Wahlverhalten zeigen, wie verführerisch dieser Gedanke ist.

Dazu passt auch, was völkische Autoren wie der Historiker Rolf-Peter Sieferle über Demokratie zu sagen haben: Die moderne Gesellschaft sei „in der Tat demokratisch“, aber das heisse nur, dass „in ihr der kleine Mann“ herrscht, also letztlich der ungebildete Pöbel wie vor der Aufklärung.

„Die Massenzivilisation ist deshalb so unkultiviert (und merkt dies nicht einmal), weil in ihr ein vulgärer Typus an der Herrschaft ist: der Massenmensch, für den Fast food und Entertainmentkultur geschaffen worden sind und dessen Bedürfnissen sie exakt entsprechen“ (Sieferle 2017, S. 92).

Dahinter steht eine aristokratische Bildungstheorie, die von Eliten und nicht von Bürgern ausgeht. Die bürgerliche Gesellschaft gilt als Fehlschlag und die „Vollendung der Zivilisation ist das kulturelle Tierreich“, also das Reich der „niedrigen Bedürfnisse und ihrer unmittelbaren Befriedigung“ (ebd.).

Die Zitate entstammen der Sammlung *finis germania*, die der Spiegel von seiner Bestsellerliste nehmen liess. Aber das hatte nur eine Erhöhung der Nachfrage zur Folge. Sieferle ist wegen seiner Äusserungen zum „Mythos Auschwitz“ und zum „ewigen Nazi“ (ebd., S. 63-86) unter Bann gestellt worden, aber die konnte man schon in früheren Werken lesen, während erst sich jetzt Anhänger bemerkbar machen, nicht zufällig in den neuen Medien.

Dabei wurde weitgehend übersehen, welche Art Bildungstheorie Sieferle vertreten hat. Zahlen und Belege für diese Theorie gibt es nicht, es ist einfach nur ein Ressentiment gegen die Bildung der Massen, die schon Friedrich Nietzsche verdammt hat. Dafür spricht nichts, im Gegenteil ist die Volksbildung seit der Aufklärung kontinuierlich gestiegen und sind Bildungschancen geschaffen worden, die keine frühere Gesellschaft kannte.

Aber auch revisionistische Ideen können Folgen haben, das zeigen alle Angriffe auf die öffentliche Bildung, die heute verteidigen muss, wer sie erhalten will. Die Angriffe haben, wie der internationale Vergleich gezeigt hat, verschiedene Ausprägungen und Richtungen:

- Privatisierung im Namen der Freiheit der Wahl,

⁴⁴ Diese These übernimmt Sieferle (2017a, S. 102) in umgekehrter Richtung, nämlich dass mit der Masseneinwanderung ein „kulturell homogenes Volk“ in eine „heterogene Bevölkerung“ „transformiert“ werden soll.

- curriculare Konfessionalisierung der Schule,
- staatlicher Bildungsnationalismus,
- Klerikalisierung von Familie und Erziehung,
- Reduktion von Demokratie auf Homogenität,
- Bestreiten des historischen Erfolgs der öffentlichen Bildung,
- Kritik und Verachtung der liberalen Bildungstheorien.

Mein Vortrag sollte zeigen, dass das keine „fake news“ sind, sondern im internationalen Vergleich sehr reale Tendenzen darstellen. Fern von Deutschland sind sie auch nicht oder nicht mehr. Also, wer das Zeitalter der Trumps nicht will, muss es bekämpfen - mit den Mitteln der öffentlichen Rede.

Gegenüber den Trumps bleibt festzuhalten: Der Aufbau, die Verbreitung und langfristige Sicherung der gesellschaftlichen Bildung mit spezialisierten Institutionen ist und bleibt eine Grundbedingung für die moderne Demokratie. Die politische Urteilsfähigkeit verlangt gehaltvolle Bildung, damit Selbstreflexion und Souveränität im Umgang mit Argumenten.

Für die Grundlagen der Bildungsqualität wird auch in Zukunft die Schulbildung sorgen müssen. Die Frage ist, wie liberal sie ist und wie sehr ihre Qualität öffentlich überzeugt. Es geht um Verantwortung: Kein Bildungsgang lässt sich wiederholen und jeder kann misslingen.

Literatur

- Brennan, J.: *Against Democracy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press 2016.
- Coates, T.-N.: *We were Eight Years in Power. An American Tragedy*. London: Hamish Hamilton 2017.
- Danilovich, Y.: *Religiöses Lernen im Jugendalter. Eine internationale vergleichende Studie in der orthodoxen und evangelischen Kirche*. Göttingen: V&R unipress 2016.
- Dewey, J.: *The Middle Works 1899-1924, Vol. 9: Democracy and Education 1916*. Ed. by J.A. Boydston; intr. by S. Hook. Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press 1985.
- Donath, J.S.: *Identity and Deception in the Virtual Community*. In: P. Kollock/M. Smith (Eds.): *Communities in Cyberspace*. London: Routledge 1998, S. 29-59.
- Green, J.: *Devil's Bargain. Steve Bannon, Donald Trump, and the Storming of the Presidency*. New York: Penguin Press 2017.
- Gutmann, A.: *Democratic Education. With a New Preface and Epilogue*. Princeton, N.J.: Princeton University Press 1999.
- Habermas, J.: *Der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied/Berlin: Luchterhand Verlag 1962.
- Hersh, E.D.: *Hacking the Electorate. How Campaigns Perceive Voters*. Cambridge: Cambridge University Press 2015.
- Hui Kyong Chun, W.: *Updating to Remain the Same. Habitual New Media*. Cambridge MA: The MIT Press 2016.
- Israel, J.: *Democratic Enlightenment. Philosophy, Revolution, and Human Rights*. Oxford: Oxford University Press 2013.

- Kreiss, D.: *Prototype Politics. Technology-Intensive Campaigning and the Data of Democracy*. Oxford: Oxford University Press 2016.
- Lynch, M.P.: *The Internet of Us: Knowing More and Understanding Less in the Age of Big Data*. New York: W.W. Norton&Co. 2016.
- Mayer, J.: *Dark Money. The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right*. New York et. al.: Doubleday 2016.
- Mearsheimer, J.: *Why Leaders Lie: The Truth About Lying in International Politics*. New York: Oxford University Press 2011.
- Müller, J.-W.: *Was hält Demokratien zusammen?* In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 26. August 2017, S. 43.
- Russell Hochschild, A.: *Strangers in Their Own Land. Anger and Mourning on the American Right*. New York: The New Press 2016.
- Schmitt, C.: *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 10. Auflage Berlin: Duncker&Humblot 2010.
- Scott, E.C.: *Evolution versus Creationism*. Westport CT: Greenwood Press 2004.
- Sieferle, R. P.: *Finis Germania*. Dritte Auflage. Schnellroda: Verlag Antaios 2017.
- Sieferle, R. P.: *Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung*. Vierte Auflage. Waltrop/Berlin: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung 2017a.
- Somin, I.: *Democracy and Political Ignorance. Why Smaller Government is Smarter*. Second Edition. Stanford, California: Stanford Law Books 2016..
- Stewart, K.: *The Good News Club. The Christian Right's Stealth Assault on America's Children*. New York: Public Affairs 2012.
- Thierney, T.F.: *The Public Sphere of Social Media. Connected Cultures of the Network Society*. New York: Routledge 2013.
- Wagner, Th.: *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*. Berlin: Aufbau Verlag 2017.
- Wajcman, J.: *Pressed for Time: The Acceleration of Life in Digital Capitalism*. Chicago/London: The University of Chicago Press 2015.
- Waks, N./English, A. (Eds.): *John Dewey's Democracy and Education*. Cambridge: Cambridge University Press 2017.
- Wolin, S.: *Fugitive Democracy and other Essays*. Ed. by N. Xenos. Princeton, N.J.(Oxford: Princeton University Press 2016.